



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Anke Simon, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5110
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

8. Januar 2024

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 1.12.23**

**TOP 1 „Cybermobbing und Suizid von Jugendlichen“, Antrag der CDU-Fraktion,
Vorlage 18/4653**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz habe ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu
TOP 1 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen
den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz

Anlage

Anlage

Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

am 1.12.23

Antrag der Fraktion der CDU

TOP 1 Cybermobbing und Suizid von Jugendlichen

Sprechvermerk

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Abgeordnete,

Praxiserfahrungen der Schulpsychologie in Rheinland-Pfalz sowie Studien zeigen, dass Mobbing unter Schülerinnen und Schülern ein verbreitetes Phänomen darstellt. In den letzten Jahren sind zudem zahlreiche Studien erschienen, die eine Zunahme von Fällen von Cybermobbing konstatieren. Für die Landesregierung hat die Mobbingprävention daher im analogen und auch im digitalen Raum eine zentrale Bedeutung.

In dem Antrag wurden 5 Einzelfragen gestellt. Diese werde ich wie folgt beantworten:

Mobbing sowie Cybermobbing als „Mobbing im digitalen Raum“ sind in Deutschland keine eigenen Straftatbestände. Die Tathandlungen, die strafrechtlich relevant sind, können unterschiedliche Straftatbestände umfassen beziehungsweise erfüllen. Aufgrund dieser Komplexität und des fehlenden explizit eigenen Tatbestands von Cybermobbing wird das Phänomen nicht gesondert in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst, weshalb eine valide und ausschließlich auf den Kontext Mobbing bezogene Auswertung nicht möglich ist.

In den Jahren 2018 bis 2022 sind der Polizei Rheinland-Pfalz insgesamt 28 Suizide von Jugendlichen (Jugendlicher ist, wer zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn

Jahre alt ist) bekannt geworden. Die Motivlagen im Hinblick auf die Suizide können aufgrund der Anonymisierung des Datenbestandes nicht mehr nachvollzogen werden.

Es werden regelmäßig Fortbildungen für interessierte Lehrkräfte aller Schularten zum Thema Cybermobbing, Hatespeech und Mobbingintervention angeboten. So erhalten Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende beispielsweise auf Initiative des Ministeriums für Bildung in diesem Jahr die Gelegenheit, landesweite Online-Veranstaltungen zum Thema „Rechtliches Handwerkzeug für Lehrkräfte im digitalen Raum: Cybermobbing, Sexting, Cybergrooming - wie kann ich helfen?“ zu besuchen. Im Rahmen dieser Online-Veranstaltungen informiert eine Rechtsanwältin zu den rechtlichen Grundlagen der Nutzung digitaler Medien im schulischen Raum, wie zu Fragen des Rechts am eigenen Bild und zum Thema sexueller Grenzüberschreitungen bis hin zu Fällen von Cybergrooming. Darüber hinaus werden Veranstaltungen zum Thema Sharegewalt (Formen digitaler Gewalthandlungen, in denen Inhalte unfreiwillig geteilt werden) und Cybermobbing für Lehrkräfte weiterführender Schulen angeboten. Diese enthalten neben pädagogischen und entwicklungspsychologischen Inhalten ebenfalls Informationen zum strafrechtlichen Rahmen.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Prävention von Cybermobbing ist die Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern. In diesem Zusammenhang besteht zum Beispiel das Angebot der Schulung von „Medienscouts“. Medienscouts sind reflektierte, motivierte Schülerinnen und Schüler, die im Sinne von Peer Education zusammen mit engagierten Lehrkräften die Medienbildung an ihrer Schule fördern.

Seitens der Polizei werden in Rheinland-Pfalz unter anderem Präventionsmaßnahmen zu Cybermobbing auf Anforderung angeboten. Folgende Informations- und Beratungsangebote stehen in diesem Kontext kostenlos zur Verfügung:

- Polizeiliche Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz (Vor-Ort-Termine in Schulen - Auskünfte zu Themen der polizeilichen Kriminalprävention).

- Polizei-Puppenbühnen in Rheinland-Pfalz (kindgerechte Vermittlung kriminalpräventiver Maßnahmen an Grundschulen).
- LKA-Projekt EASI - Erlebnis, Aktion, Spaß und Information (für Jahrgangsstufen 5 und 6 - Maßnahmen zur Gewaltprävention - auch digitale Gewalt).
- PIT - Prävention im Team (Jahrgangsstufen 7 und 8 - Präventionshinweise zu Gewalt - auch digitale Gewalt; Fortbildung für Lehrkräfte und Polizeibeamte).

Darüber hinaus organisiert und vermittelt das Landeskriminalamt das Präventionsangebot des Programms polizeiliche Kriminalprävention (ProPK). Auf der Internetseite www.polizei-beratung.de und auf der dazugehörigen jugendaffinen Internetseite www.polizeifuerdich.de sind Informationen zum Thema Cybermobbing bereitgestellt.

Gefördert vom MFFKI führt jugendschutz.net ein Monitoring von Risiken des Cybermobbings in Diensten durch, die Kinder und Jugendliche bevorzugt nutzen (z. B. Snapchat, YouTube, Instagram, TikTok). Über Fälle von Cybermobbing werden Dienstanbieter informiert und die Wirksamkeit der Beschwerdesysteme überprüft. Die Stelle fordert Dienste dazu auf, die Risiken für Cybermobbing durch Vorsorgemaßnahmen zu reduzieren. Über eine Online-Beschwerdestelle nimmt jugendschutz.net Hinweise auf Verstöße entgegen. Außerdem werden hilfreiche Tipps für Kinder und Jugendliche im Umgang mit Cybermobbing erarbeitet.

Die Social-Media-Kampagne „#Scrollnichtweg – Digitale Zivilcourage gegen Hatespeech“ (www.scrollnichtweg.de) des MFFKI erreicht junge Menschen dort, wo sie sich oft aufhalten, auf Instagram, TikTok, facebook und natürlich der Internetseite <https://scrollnichtweg.de/>. Dort wird bis Ende November über Spielarten von Hatespeech, informiert, darüber, wie man sich wehren kann und welche Unterstützungsangebote es gibt. In den von Februar bis Ende November veröffentlichten ca. 130 Videoclips, Memes, Stand- und Bewegtbildern wird auch aufgerufen, Betroffene von Hatespeech zu unterstützen und Verstöße zu melden. Innerhalb der ersten 8 Monate wurden Inhalte der Kampagne über

1,5 Millionen mal abgerufen, allein der Kampagnentrailer wurde knapp 190.000 mal angesehen. Dabei sind unter anderem auch der Umgang mit Mobbing und Cybergrooming Themen, die 2024 in neuen Assets vertieft werden.

Die Beratungsstelle gegen Hass und Gewalt im Netz -SoliNet ist seit Ende 2021 ein niedrigschwelliger Anlaufpunkt für Betroffene digitaler Gewalt. Dort werden mit Betroffenen von digitaler Gewalt oder dem Umfeld Erstgespräche geführt, psychosoziale Beratungen vermittelt, juristische Einschätzungen gegeben und viele praktische Tipps und Hilfen angeboten. Diese sind auch auf der Homepage <https://www.solinet-rlp.de/> abrufbar. SoliNet bietet im Rahmen der Arbeitskapazität mit zwei Vollzeitstellen auch Workshops an.

Mobbing ist an jeder Schule, in jeder Klasse und in jeder Gruppe möglich. Es findet nicht nur zwischen einzelnen Personen statt, sondern stellt ein dynamisches Gruppenphänomen dar, in dem die beteiligten Akteurinnen und Akteure unterschiedliche Rollen einnehmen. Zudem tritt Mobbing in unterschiedlichen Erscheinungsformen und in unterschiedlichen Räumen (digital oder analog) auf, die sich oftmals auch vermischen. Die Landesregierung setzt daher auf differenzierte Unterstützungsmaßnahmen zur Stärkung der Schulen bei der Prävention und Intervention von Mobbingfällen. Schulen entscheiden somit im Einzelfall, welche pädagogischen und/oder rechtlichen Maßnahmen eingeleitet werden sollen und binden bei Bedarf und Notwendigkeit die zuständigen Behörden, wie beispielsweise die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion oder die Strafverfolgungsbehörden, mit ein. Darüber hinaus gehende weitere Handlungsvorschriften für Schulen sind derzeit nicht geplant.